

Dieter Segert (Universität Wien)

Die post-kommunistische Linke in Osteuropa nach 15 Jahren Transformation Zustandsbeschreibung und Analyse. Einige Thesen

Der Ausgangspunkt der Entwicklung (Staatssozialismus und seine Krise) bestimmt das Profil der „post-kommunistischen Linken“¹ seit 15 Jahren: Sie repräsentiert sowohl Teile der mit dem Staatssozialismus eng verbundenen „Dienstklasse“ als auch der vom alten System besonders profitierenden Gruppen der Bevölkerung (Arbeiter der traditionellen Industrien, die „Aufbaugeneration“). Ein weiteres Merkmal vieler (nicht aller) Parteien dieser Gruppe ist ihre „Sozialdemokratisierung“ – darunter wird hier v. a. die Bindung der gewandelten Staatsparteien an die Sozialistische Internationale verstanden.

Organisatorisch sind die erfolgreichen linken Parteien mit einigen wenigen Ausnahmen Nachfolger der früheren Staatsparteien, allerdings haben sie sich auf dem Weg vom Sozialismus zum Postsozialismus *grundlegend* gewandelt: Es gibt keine einzige der früheren kommunistischen Staats-Parteien, welche sich nicht nach dem Ende des Staatssozialismus sowohl in ihrem Programm und ihren Organisationsstrukturen wie auch in der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft grundlegend verändert hat. Wenn von *post-kommunistischer* Linke gesprochen wird, dann sollte die Kontinuität zwischen den früheren Staatsparteien und ihren Nachfolgern nicht überbetont werden. Es genügt auf solche Tatsachen wie die vormalige enge Verflechtung der Staats-Parteien mit dem Staat (und seinen Sicherheitsapparaten), ihren ungeheuren Reichtum, die extreme innerparteiliche Zentralisierung („Fraktionsverbot“) zu verweisen, um diesen Unterschied zu begreifen. Selbst die am meisten „konservative“ KSČM darf keinesfalls mit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zwischen 1970 und dem November 1989 verwechselt werden.

Die meisten der hier untersuchten Parteien sind pluralistisch strukturiert, besitzen eher eine dezentrale als eine zentralisierte Struktur, weisen verschiedene Strömungen auf (slowakische SLD: Radikalsozialisten vs. Modernisierer/Muránsky/; KSČM: nichtkommunistische Reformer, Konservative, Neo-Kommunisten, Traditionalisten/Handel/). Das führte in einer

¹ Ich verstehe darunter vor allem die linken Parteien, die in besonderer Weise mit dem Staatssozialismus als Ordnung verbunden sind, dabei vor allem die verschiedenen direkten Nachfolgeparteien der Staatsparteien selbst. In einem allgemeineren Sinne fasse ich in diesem Beitrag unter der „post-kommunistischen Linken“ auch die wenigen linken nichtkommunistischen Parteien, die nach dem Ende des Staatssozialismus nach 1989 in Osteuropa herausgebildet haben, und die sich entweder auf vorsozialistische historische Traditionen oder aber auf linke nichtkommunistische Initiativen in der unmittelbaren Krisenphase des Staatssozialismus stützen. Generell geht es mir um solche Parteien, die sich durch ihren nachweisbaren Einfluss auf die Wähler in nationalen Wahlen (Parlaments- bzw. Präsidentenwahlen) als politisch relevant erwiesen haben.

Reihe von Parteien wiederholt zu Abspaltungen, mindert jedenfalls die Fähigkeit der Führungen ihre eigene Position in der Politik durchzusetzen.

Die Verbindung (Kontinuität) zwischen den damaligen Parteien und den heutigen besteht vor allem in einem Teil der Mitgliedschaft, weniger in einer Kontinuität auf der Ebene der Führung. Die sich wandelnden Parteien haben sich zuerst aus dem Griff der „Politbürokratie“ befreit, d.h. von ihren bisherigen Führern. Sie haben der früheren Nomenklatura ihre Spitze genommen. Ihr Fortbestehen als Partei wurde nur dann möglich, wenn sie die tiefe Legitimationskrise, die darauf folgende Isolierung von der Gesellschaft (bis hin zu Verbotsforderungen bzw. – in einigen Ländern – vollzogenen Verboten), sowie den Schock des völligen Untergangs ihrer bisherigen Zielvorstellungen überwinden konnten. Diese *Krisenprozesse* begannen unterschiedlich zeitig und setzten sich verschiedenen lange fort. In der polnischen Staatspartei begannen sie zum Beispiel schon 1980-81 und waren mit der Auflösung der PZPR (dt.: PVAP) und der Neubildung als SdRP im Januar 1990 im Wesentlichen abgeschlossen, in der ungarischen Staatspartei MSzMP (dt.: USAP) waren sie intensiver und kürzer, von 1988 bis zum Oktober 1989 (Auflösung und Neugründung der Partei als MSzP, bzw. Fortführung der alten Partei in einer Minderheitenentscheidung als Arbeiterpartei/MP). In der tschechoslowakischen KP dauerte die Krise vom November 1989 bis zum Parteitag in Prostejov (1993). Diese Krise waren mit Umbenennungen oder zumindest Debatten darüber und mit Abspaltungen verbunden.

Die wichtigsten Felder einer Politik, auf denen diese Parteien seit der Überwindung ihrer post-sozialistischen Identitäts- und Existenzkrise erfolgreich tätig waren, lassen sich wie folgt zusammen fassen: Auseinandersetzung über die konkrete Gestaltung der Reformen der Wirtschaft, über den konkreten Weg nach „Europa“ (also in die EU) sowie den Stellenwert der jeweiligen nationalen Interessen dabei, die Auseinandersetzung mit Geschichte der vorangegangenen Ordnung (vor allem insofern die Mitglieder der betreffenden Parteien selbst davon berührt waren: also als Reaktion auf Lustrationen und verschiedene Formen der Auseinandersetzung mit der besonderen Verantwortung der Mitglieder der Kommunistischen Parteien für Gewalt und Rechtsverletzungen vor 1989), Auseinandersetzung um die Gestaltung des Verhältnisses von Kirchen und Staat bzw. um die den Einfluss von Religion und Kirchen auf Schulen und konkrete Fragen der Lebensgestaltung wie Schwangerschaftsunterbrechung, die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften u. ä. Wenn die Parteien sich längere Zeit in der defensive waren, bzw. ihre Identitäts- und

Existenzkrise längere Zeit nicht abschließen konnten, dann stehen für lange Zeit die Fragen der Auseinandersetzung mit der staatssozialistischen Geschichte im Zentrum ihrer Politik. Sie sind in einer solchen Situation zu sehr auf der „Suche nach der verlorenen Zeit vor 89“ (Muránsky), finden Anklang vor allem im engeren Umkreis der vormaligen Mitgliedschaft der Staatsparteien und werden in der Mitgliedschaft und in ihren Wählern immer älter, letztlich zu Generations- (Rentner-) Parteien.

Man kann auch nicht behaupten, dass die post-kommunistischen Parteien die einzigen oder auch nur die tatkräftigsten Vertreter der vielen Verlierer der post-sozialistischen Reformen gewesen seien. Sie sind auf jeden Fall nicht die einzigen Parteien, die dem Protest der ärmsten und am meisten vom sozialen Abstieg bedrohten Gruppen der Bevölkerung Stimme geben. Wie die letzten beiden Wahlen in Polen zeigen, können rechte Parteien, die sich populistisch profilieren, diese Wählerschicht teilweise besser an sich binden. Der PiS, die die Wahl bekanntlich gewonnen hat, gelang das, weil sie sich entschloss gegen ihren wichtigsten Wettbewerber, die liberale Bürgerplattform (PO), die „soziale Karte“ (Lang) auszuspielen. Daneben wurden die Stimmen der polnischen Wendeverlierer durch die extremistischen und populistischen Bewegungen Liga der polnischen Familien (LPR) und Selbstverteidigung (SO) angezogen. Alles das wurde aber auch deshalb möglich, weil sich die polnischen „Post-Kommunisten“, v. a. die SLD, einerseits gar nicht danach strebten, diese Schichten zu repräsentieren, andererseits sich durch Korruptionsaffären einiger ihrer Politiker gerade bei den ärmeren Mitbürger/innen um jeden moralischen Kredit gebracht hatten.

Auch bei anderen Nachfolgeparteien, die nach 1989 Politik gestalten konnten, also an der Regierung (und besonders dadurch am Prozess der Privatisierung) beteiligt waren, treten solche Bereicherungs- und Korruptionsaffären immer wieder auf. Um einige Beispiele zu nennen: Solche Affären waren zentral in der Ablösung der bulgarischen BSP von der Regierung in den vorgezogenen Neuwahlen 1997, sie beeinflussten die Wahlniederlage der slowakischen SDL 2002, die die Partei faktisch zum Verschwinden gebracht hat, und sie spielen immer wieder auch bei den ungarischen Sozialisten (MSzP) eine Rolle. Im Übrigen war die letzte Regierungskrise der tschechischen Sozialdemokraten ebenfalls durch Korruptionsvorwürfe gegen den Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden ausgelöst. Das Problem der Korruption steht also nicht allein vor der post-kommunistischen Linken, nicht allein vor den Nachfolgern der Staatsparteien.

Wenn diese Parteien tatsächlich links sein wollen, dann müssen sie in Zukunft stärker um ihr soziales Profil kämpfen, denn als links kann man wohl mit Oskar Lafontaine abgekürzt „das Eintreten für die sozial Schwachen“ (taz-Umfrage am 10.9.2005) bezeichnen. Die genannten Affären hingegen verweisen darauf, dass die betroffenen Parteien zumindest teilweise und in bestimmten Perioden als eine Art von klientelistischem Beziehungsnetzwerk zur Sicherung des Vorteils der eigenen Gruppe wirken.

Wie erfolgreich sind diese Parteien? Wenn man Erfolg an der Regierungsbeteiligung misst, dann sind die Nachfolger der Staatsparteien seit 1989 zumindest erfolgreicher gewesen, als man ursprünglich vermutet hatte. Sie waren nicht alle sofort wieder da, aber – mit einigen Ausnahmen – doch immer wieder in Regierungen vertreten, bzw. dominierten diese sogar inhaltlich.

Siehe Tabellen zum Wahlerfolg der Linken und zur Regierungsbeteiligung im Anhang.

Dieser Erfolg basierte auf unterschiedlichen Voraussetzungen auf:

einerseits konnten sie sich auf die reichen organisatorischen und kulturellen Ressourcen stützen, die sie aus dem Staatssozialismus mitgebracht haben und konvertieren konnten, welche sich als ein eindeutiger Startvorteil gegenüber den neuen, in der Bevölkerung wenig verankerten und mit Organisationsressourcen wenig ausgestatteten oppositionellen Parteien erwiesen hat (besonders allerdings in Gesellschaften mit einem späten Beginn der politische Öffnung des Staatssozialismus wie in Bulgarien und Rumänien), andererseits wirkte die Logik des Parteienwettbewerbs, in dem die Frustrationen und Fehler der regierenden Parteien in den nächsten Wahlen immer die sonstigen starken Teilnehmer des Wettbewerbs bevorzugen (diesen Vorteil hatten besonders die ehemaligen Staatsparteien in Ungarn und Polen, in denen es im Spätsozialismus zu längerdauernden Perioden der Liberalisierung gekommen war).

Schließlich wirkte als eine allgemeine Chance für die Linke das Vorhandensein eines Bedürfnisses an sozialem Schutz, an Absicherung, an Solidarität in breiten Teilen der vom Systemwechsel betroffenen Bevölkerungen Osteuropas (das allerdings erst nach Abklingen der post-kommunistischen Legitimationskrise, ungefähr ab Mitte der Neunziger in den Vordergrund trat).

Anhang:**Wahlergebnisse linker Parteien in einigen Ländern Osteuropas nach 1989 (Angaben in %)**

Land/Partei	1. Wahl	2.	3	4.	5.	6.
PO/SLD	12	20	27	41	11	
PO/UP	2	7	5	Zusammen mit SLD)	4	
ČR/KSČM	13	14	10	11	19	
ČR /ČSSD	4	7	26	32	30	
SR/KSS SR/SDL	zusammen: 13	1 15	In KSV: 10	3 15	6 1	
SR/SMER	n.e.	n.e.	n.e.	n.e.	14	
SR/ZRS	n.e.	n.e.	7	-	-	
SR/SDSS	2	4	In Bündnis KSV: 10	In Bündnis SDK 26	-	
SR/SOP	n.e.	n.e.	n.e.	8	-	
SR/SDA	n.e.	n.e.	n.e.	n.e.	1	
HU/MSzP	11	33	33	42		
HU/MP	4	3	4	2		
RO/FSN- FSDN- PSDR PSD	66	28	22	37	37	
RO/PSM	-	3	2	1	-	
BG/BSP-KB (ab '97)	47	33	44	22	17	31
BG/BE	-	-	-	6	1	-
SI/ZLSD	17	14	9	12	10	
SI/SSS	5	3	-	-	-	
SI/DeSUS	0,4	-	4	5	4	
HR/SDP	35	6	9	41 (mit anderen Parteien)	23 (mit Partnern)	
RU/KPRF	12	22	24	13		
RU/APR	8	4	-	4		
RU/ZR	8	5	2	-		
RU/NPS	n.e.	n.e.	n.e.	9		

Erläuterung der Parteinamen:

Polen: SLD: Demokratische Linkspartei (erst Parteienbündnis, dann Partei); UP: Arbeitsunion

Tschechien: KSČM: Kommunistische Partei Böhmens und Mährens; ČSSD: Sozialdemokratie

Slowakei: SMER: Richtung (ab Dez. 2004: SMER-SD); ZRS: Vereinigung der Arbeiter der Slowakei; SDSS:

Slowakische Sozialdemokraten; SOP: Partei der bürgerlichen Verständigung (1998-2003, dann aufgelöst);

SDA: Sozialdemokratische Alternative (2002 bis 2004, dann in SMER-SD)

Ungarn: MSzP: Ungarische Sozialisten; MP: Arbeiterpartei

Rumänien: FSN: Nationale Rettungsfront, FSDN: Nationale Demokratische Rettungsfront, PSDR: Partei der Sozialen Demokratie, PSD: Sozialdemokraten, PSM: Sozialistische Partei der Arbeit

Bulgarien: KB: Koalition für Bulgarien (Hauptpartner: BSP, auch BSD- Bulgarische Sozialdemokraten), BE: Bulgarische Euro-Linke

Slowenien (SI): ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten, SSS: Sozialistische Partei Sloweniens, DeSUS: Demokratische Partei der Rentner Sloweniens (teilweise im Wahlbündnis mit der SD)

Kroatien (HR): SDP: Sozialdemokratie

Russland: APR: Agrarpartei, ZR: Frauenpartei (Russland), NPS: Rodina (Heimat – National-Patriotische Union)

Regierungsbeteiligung von linken Parteien

Land/Partei	Jahre
Polen: SLD	1993-1997, 2001-2005
Tschechien: ČSSD	1998-heute
Slowakei: SDL	1998-2002
Ungarn: MSzP	1994-1998, 2002-heute
Rumänien: FSN/ PSD	1989-1996, 2000-2004
Bulgarien: BSP/KB	1989-91, 1994-97, 2005-
Slowenien: ZLSD	1993-1996, 2000-2004
Kroatien	2000-2003